

Kinderbetreuung wird stark ausgebaut

Der Grosse Rat segnet den Gegenvorschlag zur Kita-Initiative ab. Die SP zieht diese nun zurück – und verbucht dennoch einen Erfolg.

Hans-Martin Jermann

Im Kanton Basel-Stadt wird die familienergänzende Kinderbetreuung stark ausgebaut: Der Grosse Rat hat am Mittwoch ein Massnahmenpaket beschlossen, mit dem einerseits die Betreuung und Arbeitsqualität in den Kitas und Tagesstrukturen verbessert und andererseits die Eltern finanziell entlastet werden. Den Kanton kostet dies zusätzlich zu den bisherigen Ausgaben in der Kinderbetreuung 36 Millionen Franken pro Jahr. Der zuständige Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) sprach im Rat von «einem der Kerngeschäfte dieser Legislatur».

Kita-Platz kostet künftig maximal 1600 Franken

Dies nicht von ungefähr: Die Wirkung der Massnahmen dürfte weit über das vom Grossen Rat Beschlossene hinausgehen. Aktuell besuchen in Basel-Stadt rund 5500 Kinder eine Kita, das entspricht rund der Hälfte aller Kinder im Vorschulalter. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren wohl stark steigen. Auch weil künftig ein Betreuungsplatz noch maximal 1600 Franken pro Monat (bisher 2599 Franken) kostet. Die Regierung sieht den Ausbau der Kinderbetreuung als zentrales Mittel im Kampf gegen den Fachkräftemangel sowie als wesentlichen Faktor der Standortattraktivität und der Prosperität der Stadt.

Formell abgesegnet hat der Grosse Rat mit 93 Ja- gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung den Gegenvorschlag seiner

Rund **5500**
Kinder im Vorschulalter
besuchen in Basel-Stadt
derzeit eine Kita.

Bildungs- und Kulturkommission (BKK) zu einer Volksinitiative der SP. Diese verlangte eine kostenlose Betreuung für alle Kinder im Vorschulalter an zwei Tagen pro Woche. Den von der BKK in vielen Sitzungen und mit knappen Mehrheitsentscheiden zusammengeschusterte Kompromiss wollte im Grossen Rat niemand mehr auseinandernehmen. Ein Antrag der Regierung, den Erlass der Betreuungskosten für das dritte Geschwisterkind einer Familie aus dem Gegenvorschlag zu streichen, wurde mit 72 Nein- bei 15 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen deutlich verworfen.

«Der Gegenvorschlag bringt zwar keinen Paradigmenwechsel», sagte SP-Sprecherin Melanie Nussbaumer und meinte damit, dass die Kinderbetreuung anders als von der Initiative angestrebt auch künftig nicht Teil des Service public sei. «Doch er bringt sehr viele Verbesserungen, und diese schon bald», fügte sie an. Bereits am 1. August 2024 – also just zum Start des kommenden Schuljahres – sollen die Neuerungen laut Cramer in Kraft treten.

Käme es zu einer Volksabstimmung über die Initiative, könnte dieser Termin kaum eingehalten werden. Ganz abgesehen davon, dass das Volk den

Ausbau der Kinderbetreuung auch ablehnen könnte. Ziehen die linken Initianten ihr Begehren wie angekündigt zurück, so wird der Gegenvorschlag ohne weitere Abstimmung rechtskräftig.

Linke Kritik am Gegenvorschlag kam auch von Bastagrossrätin Heidi Mück. Man hätte sich eine stärkere Entlastung von Eltern mit tiefen Einkommen gewünscht. Auch kritisierte Mück, dass die sechs Firmen-Kitas im Kanton künftig auch von Betreuungskostenbeiträgen des Kantons profitieren, aber anders als öffentliche Kitas nicht diskriminierungsfrei zugänglich sind. Der Beschluss zur Unterstützung der Firmen-Kitas war ein Zugeständnis an die Bürgerlichen. Diese sahen ein etabliertes, für die Mitarbeitenden der betroffenen Firmen attraktives System gefährdet. In Basel betreiben Novartis, Roche, Baloise sowie das Universitätsspital eigene Kitas.

SP darf das Geschäft als wichtigen Sieg verbuchen

Aus Sicht der SVP wird in Basel schon heute in der familienergänzenden Kinderbetreuung sehr viel getan. Das System sei grosszügig, es werde aber von linker Seite so getan, als starte man bei null, sagte SVP-Grossrat Joël Thüring. Man hätte sich gerne etwas mehr «liberale Eigenverantwortung» gewünscht, stimme aber dem Gegenvorschlag «zähneknirschend» zu. Immerhin könne man so die SP-Initiative mit ihren «absurden Forderungen»



Mit dem Grossratsbeschluss werden Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kitas verbessert. Bild: Key

verhindern, so Thüring: «Damit könnte ein Regierungsrat mit einem Einkommen von über 250 000 Franken sein Kind gratis in die Kita geben wie eine alleinstehende Reinigungskraft.» Auch die Regierung hatte im

Vorfeld die SP-Initiative kritisiert: Diese sei mit geschätzten jährlichen Kosten von 125 Millionen Franken zu teuer, sie setze falsche Anreize und sie überfordere das System. Ihre Wirkung hat die Initiative

gleichwohl nicht verfehlt: Sie setzte eine Debatte in Gang, die letztlich im nun vorliegenden Gegenvorschlag mündete. Die SP darf das Geschäft trotz Rückzug der Initiative als wichtigen Sieg verbuchen.